

Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 25.04.2012

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungspausen: 16.35 Uhr – 16.45 Uhr; 17.25 Uhr – 17.40 Uhr
Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

Ordentliche Mitglieder

Herr Baum	Vorsitzender
Herr Dr. Bruder	
Frau Aufderheide	
Frau Hammes-Hofmann	
Frau Heinrich	
Herr Heuer	(bis 17.40 Uhr)
Herr Imorde	(ab 16.10 Uhr)
Herr Kläs	
Frau Röder	

Stellvertretende Mitglieder

Herr Aufderheide	
Herr Sobania	(bis 18.50 Uhr)
Herr Winkelmann	(ab 17.41 Uhr als Vertreter für Herrn Heuer)

Beratende Mitglieder

Frau Wegner (Bündnis 90/Die Grünen)	(ab 17.25 Uhr)
Frau Wilmsmeier (FDP)	

Behindertenkoordinatorin mit beratender Stimme

Frau Krutwage	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
---------------	--

Verwaltung

Herr Goldbeck	Immobilienervicebetrieb (zu Top 1)
Herr Homann	Amt für Verkehr (zu Top 10)
Frau Schattmann	Schulamt (zu Top 11)
Frau Streese	Schulamt (zu Top 11)
Herr Palm	Schulamt (zu Top 11)
Frau Hammes	Schwerbehindertenvertretung

Gäste

Frau Burkhardt	Gebärdensprachdolmetscherin
----------------	-----------------------------

Frau Kühler

Gebärdensprachdolmetscherin

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 2 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 3 Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 22.02.2012

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen vom 22.02.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4 Genehmigung der Niederschrift über die 23. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 28.03.2012

Zu Top 3.3 – bR-Stellen bei der Stadt Bielefeld bittet Frau Röder, die Angaben im 2. Absatz wie folgt zu korrigieren:
Bei der Stadt Bielefeld gebe es derzeit 345 schwerbehinderte Beschäftigte mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 und 28 gleichgestellte. Die 64 Beschäftigten auf den bR-Stellen seien in der Zahl enthalten. Der Grad der Behinderung liege hier jedoch bei mindestens 80.

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen vom 28.03.2012 wird unter Berücksichtigung der Änderungen nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5 Mitteilungen

Zu Punkt 5.1 Informationen zu Veranstaltungen

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

**Zu Punkt 5.2 Erneuerung der Lichtsignalanlage im Verlauf der B 68
- Hafner Weg, Waterboerstr. -**

Vorsitzender Herr Baum teilt mit, dass StraßenNRW die Lichtsignalanlage Hafner Weg/Waterboerstr. behindertengerecht ausbaue und die Querungen entsprechend dem Standard angelegt werden.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 5.3 Demo gegen Rechtsextremisten am 07.05.12

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die als Tischvorlage verteilte Information zur Demonstration gegen Rechtsextremisten am 07.05.2012 und bittet um rege Teilnahme.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 5.4 Hochbahnsteig Brackwede/Hauptstr. - Stellungnahme -

Die in der Anlage beigefügte Stellungnahme (**Anlage 1**) wurde vom Arbeitskreis „Bebaute Umwelt und Verkehr“ erstellt und an moBiel weitergeleitet.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 5.5 **Theater Bielefeld - Schauspiel für blinde und sehbehinderte Menschen**

Das Theater Bielefeld teilt mit, dass am 22.06.2012 im TAM ein Schauspiel mit Unterstützung für Blinde und Sehbehinderte angeboten werde. Vor der Vorstellung gebe es eine Einführung und eine Begehung des Bühnenbildes. Nähere Informationen sind an der Theaterkasse erhältlich.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 5.6 **"Gemeinsam in Bewegung kommen - Chancen der Inklusion im Sport"**

Die Universität Bielefeld bietet gemeinsam mit den v. Bodenschwingschen Stiftungen Bethel öffentliche Ringvorlesungen zum Thema „Gemeinsam in Bewegung kommen – Chancen der Inklusion im Sport“ an. Die Termine sind der beigefügten Anlage zu entnehmen (**Anlage 2**).

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 5.7 **100jähriges Jubiläum des Gehörlosensportvereins Bielefeld**

Frau Aufderheide informiert über die geplanten Aktivitäten und verweist auf den ausliegenden Flyer.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 6 **Anfragen**

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

Mündliche Anfragen

- Herr Aufderheide teilt mit, dass es noch keine Einladung zum Arbeitskreis „Teilhabe am öffentlichen Leben“ gegeben habe. Er fragt an, ob er zur ersten Zusammenkunft einladen solle. Die Mitglieder des Beirates stimmen der Vorgehensweise zu.

- Herr Winkelmann fragt nach dem Sachstand zur Entwicklung eines kommunalen Inklusionsplanes. Frau Krutwage verweist auf die Mitteilung zu Top 2.2 in der Sitzung des SGA am 06.03.2012. Die Entwicklung des Landesinklusionsplanes solle abgewartet werden.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 7 Anträge

Zu Punkt 7.1 Ablehnung der oberen Schulaufsicht der Bezirksregierung Detmold vom 04.04.2012 über die Reduzierung der Zügigkeit der Martin-Niemöller-Gesamtschule (MNG) von 8 auf 7 Züge, zwecks Einrichtung einer zweiten integrativen Lerngruppe

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4111/2009-2014

Der Antrag (**Anlage 3**) wird als Tischvorlage verteilt. Frau Röder erläutert den Antrag.

Nach kurzer Aussprache soll der Beschluss wie folgt ergänzt werden:
„Der Beirat für Behindertenfragen bittet das Schulministerium, die Bezirksregierung Detmold anzuweisen, diese Forderung zu unterstützen.“

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen der Stadt Bielefeld fordert die Bezirksregierung Detmold als obere Schulaufsicht auf, die Ablehnung vom 04.04.2012 umgehend zurück zu nehmen und dem Antrag der Reduzierung der Zügigkeit der Martin-Niemöller-Gesamtschule (MNG) zwecks Einrichtung einer zweiten integrativen Lerngruppe zu entsprechen. Der Beirat für Behindertenfragen bittet das Schulministerium, die Bezirksregierung Detmold anzuweisen, diese Forderung zu unterstützen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8 Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien

und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme und des Beirates)

Herr Winkelmann berichtet aus dem **Sozial- und Gesundheitsausschuss**. Themen waren u. a.:

- **Leistungsverträge**
Um Planungssicherheit bei den Vertragspartnern zu erzielen, sei ein größeres Zeitfenster notwendig. Über Vertragsverlängerungen solle frühzeitiger entschieden werden.
- Die Pflegestützpunkte werden positiv angenommen.
- Die Beratungen zum Haushaltsplan 2012 werden in einer Sondersitzung am 26.04.2012 erfolgen.

Aus dem **Schul- und Sportausschuss** berichtet Frau Röder. Themen waren u. a.:

- **Vorstellung des Arbeitsberichts 2011 des Bildungsbüros**
Frau Röder bittet eine Berichterstattung auch im Beirat für Behindertenfragen vorzusehen.
- **Ferienbetreuungsangebote für Grundschul Kinder während der Sommerferien**
4 bis 5 % der Anfragen für die Ferienbetreuungsangebote seien für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Integrationshelfer werden für solche Belange nicht finanziert. Dieses Thema sollte in der nächsten Sitzung des Beirates behandelt werden.

Herr Heuer informiert aus dem **Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz**. Die Empfehlung der Bezirksvertretung Schildesche zur Aufstellung einer öffentlichen behindertengerechten Toilette in der Nähe der Parkplätze am Obersee sei unter Hinweis auf die Nutzung der bereits vorhandenen öffentlichen behindertengerechten Toilettenanlage im Restaurant „Seekrug“ abgelehnt worden. Der Betreiber beteilige sich an dem Projekt „Die freundliche Toilette“. Im Bereich des Landschaftsschutzgebietes seien Baulichkeiten wegen der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes grundsätzlich nicht gewünscht. Herr Heuer bittet den Arbeitskreis „Bebaute Umwelt und Verkehr sich mit dem Thema „Die freundliche Toilette“ zu befassen.

Herr Kläs hat an der Sitzung des **Jugendhilfeausschusses am 18.04.2012** teilgenommen:

- Für die Ferienbetreuungsangebote für Grundschul Kinder sei der Einsatz von Integrationshelfern nicht vorgesehen.
- Nach dem Bericht des Job-Centers über die Ergebnisse der Instrumentenreform nach dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen auf dem Arbeitsmarkt soll dieses Thema unter dem Aspekt der Auswirkungen auf Bielefeld speziell für den Personenkreis U 25 erneut erörtert werden.

Frau Hammes-Hofmann berichtet über die Begehung der neuen Stadtbibliothek im Amerikahaus mit Herrn Bleimund vom ISB, an der

auch Herr Baum, Frau Aufderheide, Herr Aufderheide vom Beirat für Behindertenfragen, sowie Herr Dr. Barsuhn, Beisitzer im Bielefelder Blinden- und Sehbehindertenverein teilgenommen hätten. Barrierefreiheit sei weitgehend erreicht worden. Es müssen nur noch geringfügige Änderungen vorgenommen werden.

Sitzungspause: 17.25 Uhr – 17.40 Uhr

**Zu Punkt 10
(vorgezogene
Beratung)**

**Bahnhof Sennestadt in Bi-Sennestadt
Städtische Umfeldplanung (Busanbindung, Kreisverkehr,
Park&Ride, Bike&Ride und Kiss&Ride)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3957/2009-2014

Herr Homann erläutert die Vorlage. Der Bahnhof werde zu einer modernen Verkehrsstation umgebaut und mit einheitlichen Standards in Bezug auf Ausstattung, Wegeleit- und Informationssysteme versehen. Dazu solle eine Verknüpfung des Bahnhofs mit neuen Verkehrsanlagen für Park&Ride, Bike&Ride und Kiss&Ride sowie die Anpassung der Busanbindung an die Erfordernisse erfolgen. Die Bahnsteigplanung liege im Zuständigkeitsbereich der Deutschen Bahn, für die Umfeldplanung sei die Stadt Bielefeld zuständig.

Die barrierefreie Gestaltung des Bahnhofs (Bahnsteig und Bahnsteig-Zugang) erfolge nach den Standards der Deutschen Bahn AG. Die städtische Umfeldplanung werde barrierefrei und nach den Bielefelder Standards gestaltet. Zusätzlich erhalte der Gehweg eine Rasenkante als taktile Leitlinie, die Gehwegüberfahrt werde aufgepflastert.

Im Bereich der Zuwegung zum Bahnsteig seien zwei Behindertenstellplätze mit einer Breite von 3,5 m vorgesehen. Diese seien barrierefrei und über gepflasterte Flächen erreichbar. Durch den geplanten Kreisverkehr werde sichergestellt, dass Busse und Kfz-Verkehre sicher und ohne größere Zeitverluste die Umfahrt in alle Fahrtrichtungen verlassen und die Busse die Haltepunkte an der Bahnstrecke auch ein zweites Mal anfahren könnten.

Der vorhandene Kiosk solle zunächst erhalten bleiben. Planerisch sei jedoch eine Fläche für einen neuen, zentraleren Kiosk-Standort im Bereich des neuen Zugangs zum Bahnsteig vorhanden. Es sei damit eine Kombinationslösung von Kioskneubau und WC-Container für Busfahrerinnen und Busfahrer vorgesehen. Die Realisierung sei noch im weiteren Planungsverlauf unter Beteiligung von moBiel und des Immobilienservicebetriebes zu

klären.

Da für die Realisierung der Maßnahme Fördermittel beim Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe beantragt werden und es sich hierbei um eine Zuschussmaßnahme handele, sei eine Stellungnahme des Beirates für Behindertenfragen erforderlich.

In der sich anschließenden Diskussion werden Fragen der Mitglieder beantwortet.

- Das Leitsystem der Umfeldplanung reiche bis an die Anlage der Deutschen Bahn. Die Buscaps werden nach Standard gebaut. Der Beirat regt an, für die gefahrlose Erreichbarkeit der Mittelinsel Zebrastreifen vorzusehen.

Fragen zur gefahrlosen Erreichbarkeit der Bushaltestelle werden noch geklärt.

- Dynamische Schriftanzeigen seien nur im Bereich der Deutschen Bahn AG vorgesehen. Für den Busverkehr sei dieses nicht geplant. Die Mitglieder des Beirates halten Schriftanzeigen in ausreichend großer Schrift und kontrastreicher Gestaltung auch für den Busverkehr für notwendig. Diese sollen bei der Planung verbindlich vorgesehen werden.
- Die Mitglieder des Beirates halten die Einrichtung öffentlicher, behindertengerechter Toilettenanlagen gerade an Endhaltepunkten für notwendig. Diese sollen bei der Planung verbindlich vorgesehen werden.

Der Beschlussvorschlag sei entsprechend zu ergänzen.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, der städtischen Umfeldplanung und der vorgelegten Finanzierung zum Bahnhof Sennestadt unter dem Vorbehalt zuzustimmen, dass

- **eine öffentliche, behindertengerechte Toilettenanlage vorgesehen und**
- **eine dynamische Schriftanzeigenanlage für Bus und Bahn installiert wird.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Stellungnahme des Beirates zu den Stadtbahnwagen VAMOS

Im Rahmen der Erörterung über die Erarbeitung einer Stellungnahme werden die Stellungnahme des Vorsitzenden Herrn Baum vom 06.04.2012 (**Anlage 4**) und ein Stellungnahmeentwurf von Herrn Schönenberg, moBiel, (**Anlage 5**) verteilt. Diese werden als nicht umfänglich genug bewertet.

Die Mitglieder schlagen vor, die Stellungnahme des Vorsitzenden Herrn Baum um den Punkt 8 „gleichzeitige optische Darstellung der Lautsprecherdurchsagen auf dem Monitor“ zu erweitern. Der Beirat erkläre sich zur Abgabe der Stellungnahme nur bereit, wenn moBiel eine schriftliche Zusage über die Durchführung der vom Beirat für notwendig erachteten Nachbesserungen vorlege.

Vorsitzender Herr Baum schlägt vor, in Abstimmung mit den Mitgliedern des Arbeitskreises „Bebaute Umwelt und Verkehr“ ein Schreiben an moBiel zu erarbeiten, in dem die notwendigen Nachbesserungen nochmals aufgeführt, und eine schriftliche Zusage über die Durchführung, verbunden mit einem Zeitplan für die Ausführung der Arbeiten, eingefordert werde. Der Entwurf solle allen Mitgliedern des Beirates zur Kenntnis gegeben werden. Gegen diese Vorgehensweise gibt es keine Einwände.

- der Beirat stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden Herrn Baum zu - -

-.-.-

Zu Punkt 11 Inklusion im Bereich Schule

Zu Punkt 11.1 Sachstand und Perspektiven aus Sicht des Schulamtes

Frau Schattmann stellt sich vor. Gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern in der Grundschule gebe es seit 25 Jahren. Die Montessori-Schule sei die erste Schule mit gemeinsamem Unterricht gewesen. Dann folgte die Eichendorffschule. Hier musste die Durchführung des gemeinsamen Unterrichts jährlich neu beschlossen werden. Derzeit werde der Unterricht an elf Grundschulen in 36 Klassen erteilt. Im nächsten Schuljahr sollen noch zwei weitere Grundschulen hinzukommen. Ziel sei es, je Stadtbezirk eine Schule mit gemeinsamem Unterricht einzurichten. Die Eltern könnten zwischen Förderschule und Regelschule wählen. Ihr Wunsch werde nach Möglichkeit befriedigt. Derzeit gebe es 113 Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und zur Entscheidung über den Förderort gemäß der Verordnung über die sonderpädagogische Förderung (AO-SF). Die vorhandenen Plätze für den gemeinsamen Unterricht seien nicht ausreichend. Auch fehlen Fachkräfte in der Förderpädagogik. Die Inklusion werde von den Schulen immer mehr als eigenes Thema aufgegriffen. Die Lehrerbildung enthalte inzwischen auch sonderpädagogische Bestandteile als Grundlage für die Anforderungen der inklusiven Bildung.

-.-.-

Zu Punkt 11.2 Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts im Alltag der Schule

Zur Unterstützung des Schulamtes für den Aufbau eines inklusiven Schulsystems wurden zwei Koordinatoren mit je einer halben Stelle freigestellt. Frau Streese und Herr Palm stellen sich vor.

- Frau Streese, Förderschullehrerin für Sonderpädagogik an der Comeniusschule,
- Herr Palm, Förderschullehrer für Sonderpädagogik an der Albatrosschule.

Ihre Aufgabe sei es, den gemeinsamen Unterricht entsprechend der aktuellen Gesetzeslage voranzubringen.

Qualifizierungsmaßnahmen für die Lehrer der Regelschulen werden an Wochenenden angeboten, Das Land NRW habe dafür keine Entlastungsstunden vorgesehen. Zur weiteren Erörterung der Qualifizierungsmöglichkeiten schlägt Frau Schattmann vor, Frau Prof. Birgit Lütje-Klose, Professorin für Sonderpädagogik an der Universität Bielefeld, einzuladen.

Der gemeinsame Unterricht erfolge mit zwei Fachkräften in Klassen mit 25 Kindern, eine Fachkraft aus der Grundschule, eine aus einer Förderschule. Beide seien gleichermaßen für alle Kinder zuständig. Die Förderpläne gelten für alle Kinder. Die Einbeziehung der Integrationshelfer sei wünschenswert. Die Förderung der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf erfolge im Bedarfsfall einzeln. Der Wechsel zur Förderschule sei möglich. Auch bei der Verdichtung der Lerninhalte sei es möglich, allen Kindern den Unterrichtsstoff innerhalb der vorgesehenen Schulzeit zu vermitteln. Heterogenes Lernen helfe allen Kindern. Für hörgeschädigte Kinder sei die Teilnahme am gemeinsamen Unterricht nur bedingt möglich.

Die Rahmenbedingungen für die Einführung des gemeinsamen Unterrichts seien abhängig von den finanziellen Möglichkeiten.

Schwachstelle sei die personelle Ausstattung.

Zur Einführung des gemeinsamen Unterrichts an Förderschulen in NRW wäre eine schulgesetzliche Änderung erforderlich. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe habe seine Bereitschaft bereits bekundet.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Zu Punkt 13 **Bericht an die Presse**

Es gibt nichts zu berichten.

Vorsitzender Herr Baum beendet die Sitzung um 19.20 Uhr.

Baum
Vorsitzender

Daube
Schriftführung